

## **Der Bertelsmann Transformation Index (BTI)**

Vortrag von Peer Heinelt

*Europäische Politik verfolgt nicht das Ziel, antagonistische Akteure nur zu bestrafen, vielmehr geht es darum, ihre Transformation zu fördern. Stabilisierung und Wiederaufbau sind ebenso wichtig geworden wie der Einsatz von Zwangsmaßnahmen.*

Venusberg-Gruppe der Bertelsmann-Stiftung: Was folgt nach 2010? Leitlinien für die europäische Sicherheitspolitik im Zeitalter der Globalisierung, Gütersloh 2007/2008

## 1. Was ist der BTI?

Nach 2003 und 2006 haben vom Bertelsmann-Konzern bestellte Wissenschaftler mittels des von ihnen entwickelten „Bertelsmann Transformation Index“ (BTI) nun zum dritten Mal in Folge die Fähigkeit und Bereitschaft der Eliten in 125 Ländern Afrikas, Asiens, Lateinamerikas und Osteuropas beurteilt, die dortigen Nationalökonomien gemäß den Vorstellungen der westlichen Metropolen zu „reformieren“:

Auf einer Skala von 1 bis 10 werden sowohl der bereits erreichte „Stand der Entwicklung“ („Status Index“) als auch die erbrachte „politische Steuerungsleistung“ („Management Index“) auf dem „Weg zu Demokratie und Marktwirtschaft“ bewertet. Das zentrale Kriterium hierbei ist laut Bertelsmann die Durchsetzung des „Privateigentums“, der *conditio sine qua non* einer jeglichen funktionierenden „Markt- und Wettbewerbsordnung“, sowie die Ausschaltung etwaiger innenpolitischer „Vetoakteure“.

Staaten, die nicht in diesem Sinne als „glaubwürdige und verlässliche Partner“ des Westens agieren, werden als „Transformationsverweigerer“ titulierte. Deren „harter Kern“, so Werner Weidenfeld, der Vorsitzende des BTI-Board, anno 2006, reiche von „Nordkorea über zahlreiche arabische Staaten bis Simbabwe oder Kuba“. Gäbe es einen „Transformationsverweigerer“ des Jahres 2008 wäre dies mit Sicherheit Venezuela.

Spitzenwerte erhielten demgegenüber 2006 Slowenien (Status Index 9,45) und Mauritius (Management Index 7,57); 2008 Tschechien (Status Index 9,56) und Chile (Management Index 7,52). Die erhobenen Daten bilden laut Bertelsmann die Grundlage für „Strategieempfehlungen“, die der „Beratung von relevanten Transformationsakteuren sowie Außenunterstützungsorganisationen“ dienen.

## 2. Wer erstellt/erarbeitet den BTI? Welche Relevanz hat dieser?

Für die Publikation des BTI verantwortlich zeichnet das sog. BTI-Board; vertreten sind hier unter anderem der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und die für die Umsetzung der deutschen „Entwicklungshilfe“ zuständige bundeseigene Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). Auf eine enge Anbindung an staatliche Stellen verweist auch die Mitgliedschaft einer Persönlichkeit wie Dirk Messner: Der Mann ist Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) und berät die Bundesregierung in Sachen „Globale Umweltveränderungen“ (WBGU).

Entwickelt wurde der BTI von einer Forschungsgruppe des 1995 gegründeten Centrums für Angewandte Politikforschung (CAP) an der Ludwig-Maximilians-Universität München unter Leitung von Werner Weidenfeld. CAP-Direktor Weidenfeld firmierte bis Ende 2007 als Mitglied des Vorstands und des Kuratoriums der Bertelsmann-Stiftung, von der das CAP zu etwa 20 Prozent finanziert wird. Zwar musste Weidenfeld nach Untreuevorwürfen seinen Vorstandsposten räumen, auf die enge Zusammenarbeit zwischen Bertelsmann und CAP hatte dies jedoch keinen Einfluss; nach wie vor gehört Weidenfeld zu den Mitgliedern des für die Ausarbeitung des BTI verantwortlichen „BTI-Board“.

Nach eigener Aussage unterhält das CAP ein „weit gespanntes Netzwerk“ von „Partnerschaften“, deren Spektrum „von langfristiger finanzieller Förderung über projektbezogene Kooperationen bis hin zu Austauschprogrammen für Wissenschaftler“ reicht. Zu den „Partnern“ des CAP zählen neben der Weltbank, dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, dem Auswärtigen Amt und anderen Ministerien auch die Europäische Kommission, partei- und wirtschaftsnahe Stiftungen sowie Massenmedien wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung oder das DeutschlandRadio. Einmal im Jahr ehrt das CAP „langjährige Kooperationen mit hervorragenden Experten“ durch die Berufung zum „CAP-Fellow“; zu den Trägern des Ehrentitels zählen Ministerialbeamte und Wissenschaftler ebenso wie führende Journalisten, unter ihnen Peter Frey, der Leiter des ZDF-Hauptstadtstudios.

Wie die vom ZDF mit der Einrichtung des Online-Dienstes ZDFgeothek beauftragte Werbeagentur BungartBessler mitteilt, basieren die in der ZDFgeothek präsentierten Informationen über die Staaten dieser Welt auf den im Rahmen des BTI erstellten Analysen. Laut Bertelsmann wird der BTI nicht nur von internationalen Finanzinstitutionen wie der

Weltbank als „Referenzinstrument“ eingesetzt, sondern dient ebenso der Bundesregierung zur Evaluation ihrer „Entwicklungszusammenarbeit“ mit den Ländern der so genannten Dritten Welt und zur Bewertung der dortigen Regierungsführung („Governance“).

Der Spiritus Rector des BTI, Werner Weidenfeld, wurde 2006 wie bereits 1996 von seinen Kollegen der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) zum „einflussreichsten Politikberater der Zunft“ gekürt; das Magazin „Cicero“ hält ihn einem aktuellen Bericht zufolge für einen der „wirkungsmächtigsten Wissenschaftler“. In den Jahren 1987 bis 1999 wirkte der Politologe und Träger des Bundesverdienstkreuzes direkt als Berater der Bundesregierung.

In dieser Funktion gab er 1996 ein „Gutachten“ über „Nationalitätenprobleme und Minderheitenkonflikte“ in Jugoslawien in Auftrag. Der 2002 verstorbene Kölner Professor für „Ostrecht“ und Freund der deutschen „Vertriebenen“, Georg Brunner, schrieb darin folgendes:

*Der akuteste Krisenherd, der mit Hilfe der bereits deutlich genug demonstrierten Handlungsunwilligkeit des Westens bald zu Explosion kommen wird, ist der Kosovo, dessen albanische Mehrheitsbevölkerung von der serbischen Staatsgewalt in menschenrechtswidriger Weise unterdrückt wird und die ihren Willen zur Sezession und einem eventuellen späteren Anschluss an Albanien eindeutig zum Ausdruck gebracht hat. Die historischen Gebietsansprüche der Serben müssen dem Recht auf Heimat der Albaner unzweifelhaft weichen ... Die geschlossenen albanischen Siedlungsgebiete im Kosovo grenzen unmittelbar an albanisches Staatsgebiet, so dass ein Anschluss ohne größere Schwierigkeiten möglich ist. Dies gilt im Prinzip auch für die albanischen Siedlungsgebiete in Mazedonien, im Süden Serbiens und in Montenegro.*

Der vorgeblich für das „Selbstbestimmungsrecht“ der Albaner geführte Krieg gegen den „Transformationsverweigerer“ Jugoslawien fand 1999 statt; die serbische Provinz Kosovo wurde mittlerweile in eine Unabhängigkeit von Gnaden der USA und der EU entlassen, nur „Großalbanien“ ist noch nicht Realität. Man könnte sagen: Manchmal hinken deutsche Politiker den Bertelsmännern ein wenig hinterher.

### **3. Was sagt der BTI über einzelne Länder der sog. Dritten Welt? Wie haben sich diese Einschätzungen entwickelt?**

#### *Venezuela*

Liest man im aktuellen BTI die Ausführungen über Venezuela, fühlt man sich unwillkürlich an den ersten Satz des Kommunistischen Manifests erinnert: „Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus“, schrieben Karl Marx und Friedrich Engels 1848. Wie die Bourgeoisie des 19. Jahrhunderts fürchtet auch die Bertelsmann-Stiftung nichts mehr als die soziale Revolution, nur dass sie deren gespenstischen Wirkungskreis nicht in Europa, sondern in Lateinamerika, genauer gesagt in Venezuela verortet. Dem als „populistischen Diktator“ geschmähten venezolanischen Staatspräsidenten Hugo Chávez wird nämlich vorgeworfen, eine „sozialistische Revolution“ durchzuführen.

Diese manifestiere sich, so heißt es, in der „Nationalisierung“ von in „strategischen Sektoren“ tätigen Unternehmen (Telekommunikation, Versorgungsinfrastruktur, Stahlproduktion) sowie darin, die Privatisierung vormaliger Staatsbetriebe rückgängig zu machen und das „Recht auf Privateigentum“ auszuhebeln – etwa durch die Übergabe brachliegender Ackerflächen an landlose Bauern. Laut Bertelsmann demonstriert die Regierung Venezuelas mit diesen Maßnahmen nicht nur ihre „mangelnde Bindung“ an die „Idee“ der Marktwirtschaft, sondern ihre „offen feindliche“ Einstellung dieser gegenüber; Chávez' Ziel sei letztlich, wie es heißt, „den Kapitalismus als sozioökonomisches Modell zu überwinden“.

Bereits in ihrem „Ländergutachten 2003“ hatte die Bertelsmann-Stiftung einen „dramatischen Bedeutungsverlust der Parteien“, das „Aufkommen eines personalistisch-plebiszitären Führungsstils“ und „wachsende Instabilität“ in Venezuela konstatiert. Zähneknirschend mussten die Bertelsmänner seinerzeit eingestehen, Chávez' „politische Überlebensfähigkeit“ unterschätzt und eine „in die Zukunft weisende politische Führungskapazität“ noch nicht gefunden zu haben, wähten das Land aber immerhin am „Rand von bürgerkriegsähnlichen Zuständen“.

Die Hoffnung auf einen notfalls gewaltsam erzwungenen „Regimewechsel“ schwang auch im BTI des Jahres 2006 mit: Zwar habe sich Chávez' „Salamitaktik“, revolutionäre Veränderungen auf dem Weg radikaler, aber allmählich durchgeführter Reformen zu erreichen, bisher als effektiv erwiesen, nur sei dieser Prozess keineswegs „irreversibel“, hieß

es. So sei dem venezolanischen Präsidenten eine neue interne Opposition erwachsen, da nicht alle seiner Verbündeten sein Bekenntnis zum Sozialismus teilten. Der Hinweis, dass auch Fidel Castro – ein weiterer hartnäckiger „Transformationsverweigerer“ – erst einige Zeit habe vergehen lassen, bis er die kubanische Revolution zur sozialistischen erklärt habe, durfte dabei selbstverständlich nicht fehlen.

Der aktuelle BTI nun charakterisiert die venezolanische Opposition schlicht als „unfähig“, im Dienste westlicher Interessen zu agieren. So habe Chávez mittlerweile erfolgreich sozialistische „Parallelstrukturen“ in Wirtschaft und Verwaltung etabliert und sowohl Justiz als auch Massenmedien unter seine Kontrolle gebracht, weshalb Privatwirtschaft und ausländische Investoren mit einem ausgeprägt „feindlichen Geschäftsumfeld“ konfrontiert seien. Doch damit nicht genug: Laut Bertelsmann folgen Bildung und Wissenschaft in Venezuela nahezu geschlossen den Vorgaben der politischen Führung. Chávez selbst habe erklärt, „kapitalistische Ideen“ aus dem schulischen und akademischen Betrieb „verbannen“ zu wollen; mittels eines „uniformen Erziehungsprogramms“ werde daher „uniformes Gedankengut“ verbreitet, um den „Kollektivismus“ in die Köpfe der Menschen „einzupflanzen“.

Besonders bedrohlich erscheint Bertelsmann offenbar die Option, dass andere lateinamerikanische Staaten dem Beispiel Venezuelas folgen – zuvorderst Bolivien unter Evo Morales und Argentinien unter Cristina und Néstor Kirchner. Die „Erschöpfung“ des neoliberalen „Paradigmas“ habe dazu geführt, „dass die sozioökonomischen Problemlagen und teilweise auch die damit verbundenen soziopolitischen Schieflagen zunehmend offensiv thematisiert werden (Chávez, Morales, Kirchner)“, wodurch „der Wert funktionierender demokratischer und marktwirtschaftlicher Institutionen aus dem Blick der politischen Agenda“ gerate, erklären die BTI-Autoren.

Angesichts extremer Armut und des Ausschlusses breiter Bevölkerungsschichten aus dem öffentlichen Leben halten sie die „Versuchung“ der bolivianischen und der argentinischen Regierung, eine „radikale“ Politik zu unterstützen, sogar für geradezu „verständlich“. Wie die Wissenschaftler weiter ausführen, nutze umgekehrt Venezuela seinen Erdölreichtum gezielt als „politische Waffe“, um für den Sozialismus in der Region und darüber hinaus „Reklame zu machen“. Als Beleg für diese These dienen ihnen verbilligte venezolanische Öllieferungen

an Kuba, Nicaragua oder die Armenviertel Bostons, New Yorks und Londons ebenso wie Caracas' Kooperation mit der verstaatlichten bolivianischen Ölindustrie.

Da Venezuelas Präsident Chávez mit diesen Maßnahmen gezeigt habe, dass er seine „Vision des Sozialismus“ nicht nur im eigenen Land, sondern in ganz Lateinamerika und darüber hinaus „auf der gesamten Welt“ realisieren wolle, fordern die Mitarbeiter der Bertelsmann-Stiftung die Entwicklung einer „effektiven Gegenstrategie“. Die bürgerliche venezolanische Opposition wird hierfür wie bereits erwähnt als ungeeignet erachtet; um den Einfluss Caracas' in der Region zu minimieren, sollen deshalb USA und EU den Ländern Lateinamerikas insbesondere auf dem Gebiet der Handelspolitik „entschlossen“ gegenüberreten. Venezuela selbst, so die BTI-Autoren weiter, brauche eine „harte Anpassung“ seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Das Prinzip der demokratischen Willensbildung, das die Bertelsmann-Stiftung ansonsten gerne als einen Indikator für „gute Regierungsführung“ („Good Governance“) benennt, wird in diesem Zusammenhang negativ beurteilt: So habe die Ausübung von „Partizipationsrechte(n)“ seitens der Bevölkerung „in den Andenländern zu massiven Mobilisierungen (ge)führt“ und dadurch „die Anfälligkeit für populistische Strömungen erhöht“. Wo wie in Bolivien „neue soziale Bewegungen“ die „Regierungspositionen“ innehätten, würden sie sich „in teils radikaler Weise“ gegen marktwirtschaftliche „Reformen“ wenden und damit zur „Destabilisierung“ des gesamten Kontinents beitragen, heißt es.

Als Vorbild gilt Bertelsmann nach wie vor Chile, „wo ein Teil, aber eben nicht alle Wirtschafts- und Sozialreformen unter der Diktatur durchgeführt wurden“. Der chilenische General Augusto Pinochet hatte 1973 den gewählten sozialistischen Präsidenten Salvador Allende ermorden lassen und dem Land danach – gestützt auf innenpolitischen Terror – ein neoliberales Wirtschaftsregime oktroyiert. Deutsche Konzerne – unter ihnen der Frankfurter Chemieriese Hoechst – hatten dem Diktator seinerzeit zum blutigen Putsch gratuliert. Ich möchte euch den Text des Fernschreibens, das die chilenische Hoechst-Vertretung am 17. September 1973 an die Frankfurter Konzernzentrale schickte, nicht vorenthalten; der Duktus wirkt erschreckend aktuell:

*Der so lang erwartete Eingriff der Militärs hat endlich stattgefunden. [...] Am 13. 9. abends stand bereits fest, dass der Staatsstreich mit relativ geringen Verlusten an Material und*

*Menschenleben – wir schätzen 2000-3000 Tote – gelungen war. [...] Wir sind der Ansicht, dass das Vorgehen des Militärs und der Polizei nicht intelligenter geplant und koordiniert werden konnte und dass es sich um eine Aktion handelte, die bis ins letzte Detail vorbereitet war und glänzend ausgeführt wurde. [...] Wir sind überzeugt davon, dass sich Chile unter einer energischen, autoritären und intelligenten, nicht von Politikern, die nur ihren Parteiinteressen dienen, beeinflussten Führung sehr bald erholen wird. [...] Chile gehört heute zu den wenigen Ländern der Erde, die gegen den marxistischen Virus geimpft sind und die daher für längere Zeit eine politische Stabilität erwarten lassen. [...] Chile wird in Zukunft ein für Hoehster Produkte zunehmend interessanter Markt sein. [...] Die Regierung Allende hat das Ende gefunden, das sie verdiente.*

### *Irak/Afghanistan*

Das Vorbild Chile wurde auch in einer Bertelsmann-Studie über die „Nachkriegsordnung“ des von US-geführten Truppen besetzten Irak aus dem Jahr 2003 bemüht; hier hieß es, dass das Land „(e)ine Radikalkur wie im Chile Pinochets ... kaum verkraften (dürfte)“. Gleichwohl maßen die Autoren dem Irak eine Schlüsselrolle bei der weltweiten Durchsetzung von „Demokratie und Marktwirtschaft“ zu: „Ein Scheitern der Transformation im Irak würde nachhaltig alle weiteren Transformationsbemühungen weltweit beeinträchtigen. Nationale Eliten würden darin einen Anreiz sehen, sich gegen externe Auflagen zu stemmen.“ Notwendig sei daher die „Rekrutierung einer neuen Führungsschicht“, denn nur eine solche könne die „Tradition der Aneignung und Umverteilung der Ölrente“ brechen und die Gewinne aus dem Erdölgeschäft westlichen Konzernen zuführen. „Internationale Unterstützungsmaßnahmen“ sollten in diesem Zusammenhang „die Loyalität der irakischen Bevölkerung sicherstellen“ und „soziale Verwerfungen“ verhindern.

Die Planungen des Hauses Bertelsmann aus dem Jahr 2003 reichten weit über den Irak hinaus und betrafen den gesamten Nahen und Mittleren Osten: Um die „Glaubwürdigkeit des irakischen Transformationsprozesses“ nicht zu „unterlaufen“, müsse „eine neuerliche Anstrengung zur Stabilisierung Afghanistans“ unternommen werden, so der damalige Länderbericht, und selbst „die Option, Israel und Palästina zusammen unter UN-Protectorat zu stellen“ war für die Autoren „angesichts des riskanten Prozesses im gesamten Nahen Osten kein Tabu“.



Mittlerweile sind die weit reichenden Neuordnungspläne in Bezug auf die irakische Wirtschaft und Gesellschaft einer vergleichsweise realistischen Einschätzung gewichen. So gilt der Irak den Autoren des aktuellen BTI als ein „Katastrophenfall der internationalen Politik“, als ein „failed state“, der „am gähnenden Abgrund eines totalen Bürgerkriegs“ steht. Für höchst problematisch halten die Autoren die von den USA unterstützte „Etablierung mehr oder weniger ethnisch homogener Regionen mit weit reichenden Kompetenzen“; sollte diese Politik in Anbetracht eines „paralisierten Zentralstaates“ fortgesetzt werden, bestehe die Gefahr einer „gewaltsamen Teilung“ des Irak.

Auch die Neuordnungspläne in Bezug auf Afghanistan wurden mittlerweile revidiert. Während die Zahl der im Kampf gegen Aufständische fallenden Soldaten der westlichen Besatzungstruppen ständig steige, sei das afghanische Regime gleichzeitig vollkommen „abhängig von ausländischer Hilfe“: „Ein Rückzug der internationalen Gemeinschaft würde den sofortigen Kollaps der staatlichen Institutionen herbeiführen“, meinen die Autoren und warnen insbesondere vor dem Zusammenbruch von Armee und Polizei. Das Land sei einerseits auf dem besten Wege, ein „Drogen-Staat“ zu werden, andererseits könne die radikale „Ausrottung“ des Schlafmohnanbaus die extreme „ländliche Armut“ verstärken und zur weiteren Ausbreitung „starker antistaatlicher Empfindungen“ unter der Bevölkerung beitragen, befürchtet die Bertelsmann-Stiftung. Um eine solche Entwicklung zu vermeiden, müssten zunächst einmal „ökonomisches Wachstum“, „starke Institutionen“ sowie „politische und soziale Sicherheit“ generiert werden: „Das aber wird Jahrzehnte dauern.“

Wir können uns also darauf einstellen – geht es denn nach den Bertelsmännern –, dass die Bundeswehr noch „Jahrzehnte“ in Afghanistan bleiben wird.

#### **4. Inwieweit bildet der BTI die Grundlage für zivile und militärische Interventionen seitens der westlichen Metropolen?**

Ich möchte an dieser Stelle nochmals auf das Eingangszitat verweisen und darauf, dass die BTI-Forschungsgruppe ausdrücklich erklärt, der BTI bilde die Grundlage für „Strategieempfehlungen“, die der „Beratung von relevanten Transformationsakteuren sowie Außenunterstützungsorganisationen“ dienen.

Eine solche „Außenunterstützungsorganisation“ ist selbstverständlich auch die Bundeswehr. Dementsprechend definiert die eingangs zitierte Venusberg-Gruppe „vitale Interessen“ und „Kerninteressen“, wobei auch in diesem Zusammenhang gerne von „Europa“ die Rede ist, wenn die EU und die „Führungsmacht“ Deutschland gemeint sind:

- *Europas vitale Interessen sind diejenigen, die von kritischer Bedeutung für die Funktionsfähigkeit der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen Europas sind. Wenn diese Interessen bedroht sind, müssen sie mit allen möglichen Mitteln abgesichert werden, unter Einbeziehung des gesamten Spektrums militärischer Fähigkeiten, einschließlich der nuklearen Abschreckung.*

- *Europas Kerninteressen sind diejenigen, die von essentieller, aber nicht kritischer Bedeutung für das Funktionieren europäischer Systeme und Strukturen sind. Das Absichern dieser Interessen erfordert in der Regel nicht von vornherein das volle Spektrum diplomatischer und wirtschaftlicher Mittel. Militärische Macht kann zu ihrer Verteidigung angewandt werden, wenn der Eindruck besteht, dass der Verlust solcher Interessen am Ende die vitalen Interessen unterminieren würde.*

Zu den „vitalen Interessen“ zählt Bertelsmann: „Energiesicherheit“, den „Kampf gegen den strategischen Terrorismus, die internationale Kriminalität und die Demokratisierung von Massenvernichtungswaffen“ sowie die „Verhinderung und Bewältigung von Pandemien“. Das entspricht genau den Festlegungen des 2006 von der Bundesregierung verabschiedeten „Weißbuchs zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“.

Zu den „Kerninteressen“ zählt Bertelsmann: „Stabilität und Entwicklung in Afrika“ sowie „Umweltsicherheit“, denn Instabilität, Unterentwicklung und Umweltzerstörung könnten „signifikante Migrationsströme“ auslösen.

Und selbstverständlich hängt alles, wofür man bereit ist, Krieg zu führen, mit allem, wogegen man bereit ist, Krieg zu führen, zusammen – was man den Menschen allerdings auch erklären muss:

*Es sind gemeinsame Maßnahmen gegen illegale Einwanderung, internationale Kriminalität, strategischen Terrorismus und systemfeindliche Ideologien zu ergreifen. Auch hier muss das Projekt Europäische Sicherheit den Bürgern Europas vermitteln, worin genau die Bedrohung besteht, warum diese Maßnahmen notwendig sind und welche Kosten von ihnen getragen werden müssen.*

Mitglied der Venusberg-Gruppe ist neben anderen Mitarbeitern der Bertelsmann-Stiftung und des CAP auch der Bertelsmann-„Fellow“ Franz Borkenhagen, vormals Leiter des Planungsstabes des Bundesministeriums der Verteidigung.

Gleichzeitig ist den von Bertelsmann bezahlten Wissenschaftlern durchaus klar, dass „militärisch erzwungene Regimewechsel“ – etwa in den Fällen Irak oder Afghanistan – „Probleme“ verursachen können, solange die jeweiligen nationalen Eliten nicht in das Projekt der „Transformation“ eingebunden sind – auch in diesem Zusammenhang sei nochmals auf das Eingangszitat verwiesen.

Bereits 2003 und 2005 wurden daher „Nachwuchsführungskräfte“ und „junge Entscheidungsträger“ aus so genannten Entwicklungs- und Schwellenländern zur Diskussion über den BTI zusammengeführt; aus ihren Reihen rekrutierten im November 2006 dann die Bertelsmann-Stiftung und die für die staatliche „Entwicklungshilfe“ zuständige Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) bei einem Treffen in Berlin ein „globales Netzwerk“ von „Transformation Thinkers“.

Wer hier dazugehören will, muss strenge Auflagen erfüllen: Gefragt sind „junge Führer“ unter 45 Jahren, die in ihren Heimatländern als Regierungsmitglieder oder Parlamentarier tätig sind,

Nichtregierungsorganisationen (NGOs), multinationale Konzerne oder Medienunternehmen repräsentieren oder leitende Funktionen in Universitäten oder Think-Tanks bekleiden.

Ausgewählt wurden unter anderem solch illustre Persönlichkeiten wie Musab Alkateeb, Masood Karokhail oder Lena Mahgoub. Nach dem Einmarsch US-geführter Truppen in den Irak reorganisierte Alkateeb zunächst das dortige Handelsministerium und berät heute im Auftrag der US-Agentur USAID den irakischen Premierminister Nuri al-Maliki in Wirtschaftsfragen. Karokhail, zuvor Afghanistan-Manager des niederländischen Nahrungsmittelkonzerns Unilever, leitet ein Verbindungsbüro der der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahe stehenden Heinrich-Böll-Stiftung in der Provinz Paktia, dessen Aufgabe nach eigener Aussage darin besteht, „die afghanische Regierung sowie Entwicklungsorganisationen mit örtlichen Stammesführern in Kontakt (zu) bringen“. Mahgoub schließlich führt die Presse- und PR-Abteilung der Dépendance des britisch-niederländischen Mineralölkonzerns Royal Dutch/Shell im ressourcenreichen Sudan.

Von den „Transformation Thinkers“, die Bertelsmann-Stiftung und GTZ gerne als „Agenten des Wandels“ bezeichnen, wird nicht nur erwartet, dass sie sich zum „Leitbild“ von „Demokratie und Marktwirtschaft“ bekennen, sondern auch, dass sie bestimmte von den Organisatoren des Netzwerks an sie herangetragene „Aufgaben“ in deren Sinne „entscheiden“ und regelmäßig über den Fortgang der „Transformation“ in ihren Heimatstaaten berichten.

Die Gegenleistung besteht in dem an sie gerichteten Angebot, an jährlich einberufenen mehrtägigen Konferenzen teilzunehmen, wo sie sowohl „strategisches Denken“ lernen als auch „Gespräche und Diskussionen mit erfahrenen Reformakteuren“ führen können. Als solche gelten Bertelsmann und GTZ unter anderem deutsche Politiker – beim Gründungstreffen der „Transformation Thinkers“ referierte der ehemalige Arbeitsminister Walter Riester (SPD) über die besonderen „Herausforderungen“ bei der Planung, Einführung und Durchsetzung der „Hartz-Reformen“.

## **5. Inwieweit dient der BTI auch unmittelbar den Geschäftsinteressen des Bertelsmann-Konzerns?**

Ein schönes Beispiel dafür, dass man mittels des BTI auch direkt Kasse machen kann, ist der 2006 erschienene Aufsatzsammlung „Bertelsmann: Ein globales Medienimperium macht Politik“ zu entnehmen: Nachdem sich Bertelsmann-Chefin Liz Mohn und CAP-Direktor Weidenfeld mit dem kroatischen Ministerpräsidenten Ivo Sanader 2004 zu einem „ausführlichen Informationsaustausch“ über den BTI getroffen hatten, wurde Sanader versprochen, die Bemühungen Kroatiens um Aufnahme in die EU nach Kräften zu unterstützen. Umgekehrt konnte die kroatische Bertelsmann-Tochter RTL Televizija durch den Erhalt einer staatlichen Fernsehsendelizenz die US-amerikanisch-australische Konkurrenz ausstechen und vom Start weg Marktführer werden.

Ein weiteres Beispiel dafür, wie man direkt von der geforderten „Transformation“, sprich der Privatisierung öffentlicher Güter profitiert, referiert Rudolph Bauer in den „Blättern für deutsche und internationale Politik“ (8/2007): Das Bertelsmann-Unternehmen Arvato bietet den Produktbereich „Government Services“ an. In Großbritannien hat Arvato im Sommer 2005 die Verwaltung des Bezirks East Riding in der Grafschaft Yorkshire übernommen, ein Kreis etwa so groß wie das Saarland. Die Bertelsmann-Tochter erhebt dort im öffentlichen Auftrag Gebühren, zieht Steuern ein, zahlt Wohngeld aus und betreibt Bürgerbüros. Für die kommenden Jahre plant Arvato auch in der Bundesrepublik, die hoheitlichen Aufgaben ganzer Kommunalverwaltungen zu übernehmen. Auf dem Gebiet der Privatisierung von Kontrollen gegen Flüchtlinge und Migranten zeichnen sich europaweit ähnliche Bestrebungen ab.

Wer zur Durchsetzung der „Transformation“ Krieg führen will, legt sein Kapital am besten in der Produktion von Waffen an: Wie Gerald Oberansmayr in dem Sammelband „Netzwerk der Macht – Bertelsmann“ berichtet, ist Bertelsmann Großaktionär des Daimler-Konzerns, bei dem es sich wiederum um den größten Einzelaktionär der europäischen Rüstungsschmiede EADS handelt.

## 6. Fazit

Unter der Bezeichnung „Transformation“ präsentiert die Bertelsmann-Stiftung ein imperialistisches Programm: Sie selbst spricht davon, deutsche „Geopolitik“ zu gestalten und eine „Grand Strategy“ zur weltweiten Durchsetzung von „Demokratie und Marktwirtschaft“ zu entwickeln.

Die ideologische Grundlage dieses Programms bildet ein ausgeprägter Wohlstandschauvinismus, der darauf zielt, die Bevölkerung der Metropolen für die Verteidigung des dort konzentrierten Reichtums zu mobilisieren. Die materielle Grundlage bilden die Verwertungs- und Geschäftsinteressen westlicher, in erster Linie deutsch-europäischer Konzerne.

Über die Mittel zur Durchsetzung dieses Programms verfügt Bertelsmann auch: geschlossene Informations- und Personalkreisläufe, die dafür sorgen, dass die „richtigen“ Leute in die „richtigen“ Positionen gelangen, wo sie dann im Dienste des Konzerns und mit dessen Meinungs- und Definitionsmacht im Rücken agieren können. Zum Bertelsmann-Netzwerk zählen in- und ausländische Wissenschaftler, Journalisten – die nicht unbedingt für konzerneigene Medien tätig sein müssen –, Politiker und Staatsbeamte.

Die Gefahren, die sich aus diesem Programm für (ausländische) „Transformationsverweigerer“ und (innenpolitische) „Vetoakteure“ ergeben, liegen auf der Hand: Den einen wird mit Krieg, den anderen mit Repression gedroht.